

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 98.

Mittwoch, 22. August.

1877.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für Monat September zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei Frau Engel, Reudnitz, Taubschweg 29, 2 Tr., für Connewitz u. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für Kleinschöcher u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/1, für Schönberg bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, Neureudnitz bei Bschau, 15 I, für Plagwitz-Lindenu bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Gohlis u. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grénadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Der Sozialismus in der „Kölnischen Zeitung“.

Da ist es aber schon weit gekommen, wenn in dem größten deutschen Bourgeoisblatt der Sozialismus gelehrt wird, so wird mancher Leser rufen, wenn er die Ueberschrift dieses Artikels liest; das kann man nicht glauben!

Und doch ist es so. Unwillkürlich werden alle denkenden Elemente, wenn sie volks- und staatswirtschaftliche Angelegenheiten besprechen, auf den Boden des Sozialismus, auf die Grundlage der Entwicklung des ganzen Volks- und Staatslebens gedrängt.

Wir finden in der „Kölnischen Zeitung“ nämlich einen Artikel über Waldverwüstung und Holzverschwendung, dem wir verschiedene Stellen entnehmen wollen. Zuerst heißt es darin:

„Das der Holzvorrath in den meisten Ländern stetig abgenommen hat, ist wohl nicht zu bezweifeln, und ebenso wenig kann es zweifelhaft sein, daß dieselben Bedingungen, welche dies bisher verursacht haben, noch fortbestehen, daß also auch in nächster Zeit der Verbrauch an Holz den Zuwachs übersteigen wird. Man tröstet sich zwar gern damit, daß man sagt, der Preis ist der beste und sicherste Regulator, dem übersteigt z. B. der Consum an Korn dessen Produktion, so ist eine Preissteigerung desselben die natürliche Folge, die wiederum verursacht, daß einestheils der Consum beschränkt, andertheils die Produktion gesteigert wird, wodurch das Gleichgewicht sich von selbst wieder herstellt. Doch ist dies nicht in derselben Weise auf das Holz anwendbar, da erstens zur Herstellung eines gebrauchsfähigen Holzes ein sehr langer Zeitraum nöthig ist und zweitens einmal vom Wald entblößte Flächen oftmals nur unter den größten Schwierigkeiten, Geld- und Zeitaufwand wieder ertragsfähig gemacht werden können; und dies das Beispiel von ganz Südeuropa zur Genüge beweist.“

Alles das ist richtig. Nebenbei gesagt mögen die Gegner der Marx'schen Werththeorie (Schäffle, Calberla u. c.) obige Ausführungen beachten, da sie den Unterschied zwischen denjenigen Gütern, die sich beliebig vermehren, und denjenigen, die sich nicht beliebig vermehren lassen, besonders hervorheben.

Die „Kölnische Zeitung“ fährt nun fort: „Doch läßt sich der Verbrauch an Holz weder durch Gesetze noch Verordnungen beschränken, ein Versuch dazu würde uns auf den Standpunkt der mittelalterlichen Luxusgesetze in den Kleidermoden zurückbringen. So lange an einem Orte Holz das billige oder bequemste Material für irgendwelchen Bau ist, wird es dazu benutzt werden, und es wird in dieser Hinsicht nur die natürliche Preissteigerung desselben der Verschwendung Einhalt gebieten. Daß dies richtig ist, wird schon dadurch bewiesen, daß man jetzt eine ungeheure Menge Kiefern zu Schwellen verarbeitet, statt der theuer gewordenen Eichen, und man kann voraussehen, daß auch andere noch schneller wachsende Holzarten dazu Verwendung finden werden, sobald die Imprägnationsmethoden (Durchtränkung gegen Fäulnis) nur noch mehr vervollkommen sein werden.“

In dem heutigen Staate allerdings läßt sich eine Beschränkung des Verbrauchs an Holz nicht durch die Gesetzgebung durchführen; in einer besser organisierten, in einer sozialistischen Gesellschaft aber würde die Organisation des Holzverbrauchs auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen, und wenn auch der vernünftige Gebrauch dadurch nicht beschränkt würde, so würde man doch aller Holzverschwendung einen Riegel vorschieben im Interesse der Gemeintheit.

Die „Kölnische Zeitung“ will aber, da man mit Gesetzen den Holzverschwendungen jetzt nicht entgegenzutreten kann, durch Belehrung einwirken, und warnt die Landwirthe vor den vernichtenden Einwirkungen der Holzproduktion, vor der Waldweide und der Streunutzung; auch hält sie und mit Recht die Ausrodung des ärmern Waldbodens für einen schweren Fehler, da in den meisten Fällen der Ackerbau auf solchen Flächen nicht so einträglich ist, als die Holzproduktion, und nach und nach solche ausgedehnten Flächen bei dem Mangel an Dünger völlig werthlos gemacht werden. Auch müsse der Landwirth jedes Fleckchen benutzen, um dort, wo dem Acker kein Schaden zugefügt werde, einen Baum zu pflanzen.

In der Vermehrung der Produktion, viel sicherer als durch Beschränkung des Consums, sieht die „Kölnische Zeitung“, und wieder mit vollem Recht, das beste Mittel, um einer zu-

künftigen Holzarmuth, welche schon den ganzen Süden Europas auf das Schwerste bedrückt, in Deutschland vorzubeugen. Was sich vorerst bedrückt, in Deutschland vorzubeugen. Was sich vorerst bedrückt, in Deutschland vorzubeugen. Was sich vorerst bedrückt, in Deutschland vorzubeugen.

Die „Kölnische Zeitung“ wünscht nun, daß der Staat eingreife; sie sagt: „Selbst in Deutschland, dem in dieser Hinsicht glücklichsten Lande, finden sich noch immer Oedländerereien genug, deren Anbau unbedingt nothwendig ist, sollte er auch anfangs mit großen finanziellen Opfern verknüpft sein; Pflicht der Landesvertretungen aber ist es, die dazu nöthigen Mittel zu bewilligen, und wahrlich nur wenige Gelder werden besser angelegt sein; als Beispiele nenne ich hier nur die verschiedenen Heiden und Torfmoore.“

Der Staat also soll die großen unwirthlichen Heide- und Torfstrecken mit Bäumen bepflanzen — wir haben gewiß nichts dagegen, doch muß er dann die betreffenden Oedländerereien auch zu Staatsbesitzthum machen. Auch da weiß die „Kölnische Zeitung“ Rath:

„Ein wunder Punkt in Deutschland ist ferner die schlechte Bewirthschaftung vieler Privatwälder, die durch eine ganz unvernünftige Ausnutzung dieser Orte zu unproduktiv geworden sind. Nichtsdestoweniger ist es sicher falsch, dem Staate das Oberaufsichtsrecht über die Bewirthschaftung derselben oder gar das Einmischungsrecht in diese zu gewähren; so weit es nur irgend mit der allgemeinen Wohlfahrt verträglich ist, muß die Freiheit des Privatbesitzes bewahrt bleiben, dafür aber schaffe man ein Expropriationsgesetz, welches dem Staate ermöglicht, unter Controle der Landesvertretung allen für das allgemeine Wohl nöthigen Wald ankaufen; dies wird und muß der Schwerpunkt jeder künftigen Gesetzgebung auf diesem Felde sein.“

Bravo! dreimal Bravo! Auch uns fällt es nicht ein, dem Staate ein Einmischungsrecht in das Privateigentum, in das Privateigentum zu gewähren, aber wir wollen, daß der Staat den Grund und Boden zu Staatsbesitzthum mache, und dafür tritt ja auch die „Kölnische Zeitung“, wenn auch in etwas beschränkender Weise, ein. Besonders sind wir mit der „Kölnischen Zeitung“ einverstanden, wenn sie sagt, daß der Wald in solcher Ausdehnung vom Staate angekauft werden soll, wie es für das allgemeine Wohl nöthig sei.

Räumt man dem Staate ein solches Recht ein, nun so kann kein vernünftiger Mensch einsehen, weshalb derselbe nicht auch den übrigen Grund und Boden, nicht auch die Fabriken, nicht auch alle anderen Produktionsinstrumente durch ein Expropriationsgesetz insofern übernehmen soll, wie es das allgemeine Wohl erheischt.

Darüber in einem folgenden Artikel.

Sozialpolitische Uebersicht.

Die furchtbaren Folgen unserer gesellschaftlichen Zustände treten ab und zu in erschreckender Offenheit zu Tage. Die „Deutsche Reichs-correspondenz“ schreibt nämlich: „Es ist als eine leider ebenso unbezweifelte wie traurige Wahrnehmung zu konstatiren, daß in der allernächsten Zeit die Zahl der Geisteskranken in schredenerregender Weise zugenommen hat. Die Privat-Irrenanstalten für „Geistes- und Nervenkrank“ sind noch niemals in so bedeutendem Maße von solchen unglücklichen Patienten besetzt gewesen, wie gegenwärtig, und man überschätzt das Unglück nicht, wenn man mittheilt, daß die Zahl der in diesen Anstalten befindlichen Patienten seit einem Jahre auf das Dreifache gestiegen ist. Da für diese Patienten dadurch ein nicht geringes Aus- und Pflegegeld gezahlt werden muß, so ergibt sich daraus, daß alle diese Kranken den besseren Ständen, den besitzenden Klassen angehören. Auch die Zahl der in unserer (der Berliner) städtischen Irrenanstalt untergebrachten — in der Regel den weniger bemittelten Klassen angehörigen — Personen hat sich in der letzten Zeit vermehrt, jedoch nicht in der schredenerregenden Weise, wie diejenige der oben erwähnten Privatanstalten. — Wenn man dem Grunde und der Veranlassung zu diesen unglücklichen Krankheitserscheinungen nachforscht, so stellt sich leider die Thatfache heraus, daß die Mehrzahl der in Rede stehenden Personen in Folge des großen Krachs und der Geschäftskrisis in diesen traurigen Zustand versetzt worden ist. Weniger ist es der Handelsstand, der das Contingent für die Bevölkerung dieser Privat-Irrenanstalten liefert, als vielmehr der sogenannte Mittel-, der besser situierte Bürgerstand, welcher sein Vermögen in Speculationspapieren angelegt und nun nach deren rapidem Fall den bei weitem größten Theil desselben eingebüßt hat. Von wohlunterrichteter Seite wird uns mitgetheilt, daß mehr als 70 Prozent der augenblicklichen Bewohner dieser Unglücksstätten die Verluste, welche sie an der Börse erlitten, sich demmaßen zu Gemüth gezogen, daß ihr Geist jetzt vollkommen umnachtet ist.“

Was soll man da noch hinzusetzen — solche Zustände reden eine Sprache, deutlicher als der laute Rothschrei der Armen und Elenden, der so oft an das Ohr des Reichen schallt; eine furchtbare, erschreckliche Sprache! Die Anklage der Irren sinnigen gegen die heutigen Gesellschaftsbedingungen — sie ist so vernichtend, sie ist das Verdammungsurtheil der gegenwärtigen „Ordnung“. Verbrechen, Hunger, Wahnsinn — sie

lauern in den Räumen der heutigen Gesellschaft, um bei erster bester Ausdehnung auf der Straße zu erscheinen und das herrschende Ausbeutungssystem in seiner vollen Nacktheit zu zeigen; aber auch um bei allen vernünftigen und humanen Menschen den glühendsten Wunsch zu erwecken, dieses menschenhänderrische System baldigt verschwinden zu sehen.

— Falsche Taktik. Unter dieser Ueberschrift bringt die Böhmer'sche „Sozial-Correspondenz“ den ersten ziemlich vernünftigen Artikel seit ihrem Bestehen. Deshalb wollen wir auch denselben, soweit er vernünftig ist, reproduziren, umso mehr, da die „Sozial-Correspondenz“ die weiteste Verbreitung desselben ganz besonders wünscht. Aus einer Industriestadt der Rheinprovinz (Saarbrücken ist gemeint) bringt das Böhmer'sche Blatt folgenden Brief von einem Beamten:

„Es sind hier auf einmal 2 Sozialdemokraten aufgetaucht, welche eine ganz ansehnliche Partei gegründet haben. Daß jenen dies gelingen würde, war nicht anders zu erwarten, denn sowohl unsere Industriellen, als unsere Behörden und Zeitungen waren ihre beständigen — wenn auch unfreiwilligen — Bundesgenossen. Die ergränzten erließen Verbote gegen den Besuch der von den beiden Umsturzmannern ausgegebenen Versammlungen, Uebertretung hatte sofortige Entsagung zur Folge. Sogar der Besuch von Wirthshäusern, in denen sozialdemokratische Schriften ausliegen, ist untersagt und mit der obigen Strafe belegt worden. Mehrere Behörden aber haben sich veranlaßt, diese Verbote auf ihre Beamten auszu dehnen, und ich sehe gewissermaßen, nein ganz ohne Zweifel, schon auf der Schwelle meiner Stellung, weil ich das neu gegründete sozialdemokratische Blatt hier lese, um meinem Humor einige Nahrung zu verschaffen. Diese Verbote sind zwar gedruckt, aber nur unter uns vertheilt worden. Natürlich habe ich mich im Zorn, nein weniger im Zorn als in Trauer über diese Vertheilungen, hinter meinen Tisch gesetzt und lange Artikel beim nächsten Lampenschein darüber geschrieben. Glauben Sie aber, daß auch nur einer unserer culturkämpfenden Federhelden es wagt, diese Artikel abzudrucken? Es steht schlimm hier um die Arbeiter und um uns; ich sehe es deutlich voraus, wenn es nicht bald, nicht sofort anders wird, wählen wir das nächste Mal sozialdemokratisch, obgleich es noch vor wenigen Wochen hier nur zwei Umstürzler gab! Schuld daran tragen unsere industriellen Behörden und farblosen Blätter.“

Zu diesem Briefe bemerkt nun die „Sozial-Correspondenz“ folgendes:

„Möchte doch dieser Brief rechte Verbreitung finden und denen die Augen öffnen helfen, welche nicht einsehen, daß solches Verfahren die sozialdemokratische Bewegung unmöglich machen kann, sondern zu hellen Flammen auslobern machen muß. Und sind denn Arbeiter und Beamte unwillig, daß man es ihrer eigenen Entscheidung nicht überlassen will, ob sie sich für oder wider die Sache des Brodherrn, des Vorgesetzten erklären wollen? Haben denn wirklich die Sozialdemokraten solche Sirenenstimmen, daß die meisten derer, welche sie hören, von ihnen gebannt werden? Und was tangen Arbeiter und Beamte, welche nur darum nicht auf die Sozialdemokraten schwören, weil ihnen die Gelegenheit genommen wurde, den von Alters her überkommenen Grundsätzen der Treue gegen den Arbeitgeber und den Staat abtrünnig zu werden? Sind nicht gerade die verbottenen Früchte die süßesten? Gibt es eine bessere Bekleidung für ein Buch oder eine Zeitung, als wenn deren Lektüre verboten wird?“

— Möge doch endlich dem deutschen Volke die Wahrheit zum Bewußtsein kommen, daß sich die Sozialdemokratie nicht durch Gewaltmittel unterdrücken läßt.“

So die Böhmer'sche Correspondenz. Das übrige Gewäsch von den „Waffen des edelsten Stahls, nämlich: geistige Kräfte“, mit welchen die Sozialdemokratie bekämpft werden soll, zeigt uns eben die alte Unvernunft der „Sozial-Correspondenz“, die wir ja heute nicht berühren wollen.

— Vaterlandsdank. In der „Königsberger Hartungschen Zeitung“ finden wir folgende Notiz: „Der einzige noch lebende sehr alte Schill'sche Volontair-Offizier, Herr Weske, der in Allenburg lebt, in Folge seines hohen Alters ganz erblindet ist und ein sehr dürftiges armseliges Leben führt, wird den 12. August c. seinen 91. Geburtstag als unglücklicher Blind-der armelig feiern. Möchten doch recht viele wohlwollend mitleidige Herzen an seinen Geburtstag wohlwollend denken, sein Alter und seine Verdienste, die er sich beim Schill'schen Corps mit seltener Bravour erworben hat, ehren und achten. — Den resp. Herren Offizieren in der Provinz dürfte es zur Ehre gereichen, dem alten unglücklichen blinden Kameraden an seinem Geburtstag aus mitleidigem Herzen eine kleine Unterstützung zu Theil werden zu lassen, um während der wenigen Tage seines unglücklichen sommervollen Lebens, die schon gezahlt werden können, seine Sorgen und Noth zu mildern.“ — Bon Bettelpfennigen muß ein alter Mann leben, der in seiner Jugend, als „das Vaterland in Gefahr war“ in hoher Begeisterung zu den Waffen griff und das Vaterland zu retten. Der Dank des Vaterlandes aber ist das Hungertuch.

— Die Liberalen, die Clerikalen, die bürgerlichen Demokraten und die preussische Regierung durch den Mund der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, alle vier streiten sich darum, wer zuerst die Aufnahme des Maurer- und Zimmerergewerks in das Postfach begehrt vom 7. Juni 1871 von ihnen verlangt und damit sich das größte Verdienst um das arbeitende Volk erworben habe. Die „Frankfurter Zeitung“ er-

kärt, daß der Volkspartei vor allem der Ruhm gebühre, da sie schon im Jahre 1873 die Revision und Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes in ihr Programm aufgenommen habe. Wir verweisen in diesem Falle alle vier Konkurrenten um die Förderung des Arbeiterwohls an unsere Parteigenossen Maurer, Grottkau und Zimmerer Kapell — diese Männer können ihnen sagen, wer es zuerst war, der die Aufnahme des Maurer- und Zimmerergewerks unter das Haftpflichtgesetz verlangt hat!

— Des edlen Märchens „Gewerkverein“ bringt einen Artikel: „Die Rothhen und die Blauen“, in welchem er die „Frankfurter Zeitung“ beglückwünscht, den Herren Sozialdemokraten eine harte, aber wohlverdiente Lektion erteilt zu haben. Möge diese neue Bundesgenossenschaft der „Frankfurter Zeitung“ wohl bekommen.

— Zum traurigen Kapitel der Untersuchungshaft. Am 18. Juli d. J. sah die Wittve Hennig, die bisher noch niemals mit dem Strafgesetze in Collision gerathen war, auf einer Bank unter den Linden zu Berlin und schnitzte mit dem geöffneten Federmesser, ohne überhaupt an irgend etwas zu denken, zwei kleine Spähchen von der Bank los. Ein Schutzmann kam herzu, führte die Wittve Hennig nach der Wache, wo sie wegen dieses Vergehens nach dem Gewahrsam überführt worden ist. Da in der Handlung der Verhafteten eine vorsätzliche Beschädigung von zum öffentlichen Nutzen dienenden Gegenständen gefunden wurde, erfolgte unter Befehlsetzung der Untersuchungshaft die Anklage-Erhebung gegen die Hennig. Am Freitag wurde die Sache vor der Ferien-Criminal-Deputation des Stadtgerichts verhandelt und die Angeklagte zu einer Woche Gefängniß verurtheilt, welche durch die erlittene dreiwöchentliche Untersuchungshaft als verbüßt erachtet worden ist. Untersuchungshaft wegen Abschneidens von zwei Spähchen! Und drei Wochen lang! Warum ist die Wittve Hennig nicht lieber unter die Gräber gegangen!

— Zu den Wahlmandatern der französischen Regierung leistet die ultramontane „Germania“ folgende Dummheit und Unwahrheit:

„In Frankreich bereiten sich mit Eifer Regierung und Parteien auf die im Oktober stattfindenden Wahlen vor, wobei die erstere der Opposition eine durchaus zu billigende Freiheit der Agitation gewährt. Es ist dies nicht nur eine Sache der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit, weil ohne diese Freiheit das allgemeine Stimmrecht die größte Lüge wäre, sondern auch der Weisheit, denn jede Bedrückung der Opposition dient erfahrungsmäßig zu ihrer Stärkung. Dagegen erfüllt die Regierung eine andere nicht minder heilige obrigkeitliche Pflicht in nicht geringem Umfange, nämlich diejenige der Verhinderung, bezw. Verhinderung von Aufregungen zu Ungehorsamkeiten, Aufstrebungen und Verachtung der obrigkeitlichen Gewalt, wie sie in der radikalen Tagespresse täglich vorkommen und das Volk vergiften. Zwar sind einige kleine, unbedeutende und einflusslose Blätterchen vor Gericht gezogen worden, aber gegen die eigentlichen Giftkrüger, gegen die Organe der Thiers und Gambetta, hat man einzuschreiten nicht für angemessen erachtet oder nicht gewagt. Die kleinen Diebe zu hängen und die großen laufen zu lassen ist aber, zumal in der Politik, ein falscher Grundsatz. Die Herren Broglie und Genossen stärken durch ihre Zurückhaltung die Zuversicht ihrer Gegner, lassen in den Augen der urtheilsunfähigen Masse die Sache der Opposition als unangreifbar erscheinen und geben der Regierung das Ansehen, als ob sie sich im Unrecht befinde.“

So die „Germania“. In Deutschland haben wir auch bei den Wahlbewegungen große und eigenthümliche Wahlbeeinflussungen der Behörden zu verzeichnen, wie dies aus den zahlreichen Protesten und Untersuchungen nach jeder Reichstagswahl hervorgeht; aber so weit in der Unterdrückung von Blättern, in dem Verbot von Versammlungen und Festlichkeiten, in dem Schließen von öffentlichen Wirthshäusern haben es allerdings die deutschen Behörden noch nicht gebracht, wie die gegenwärtige französische Verwaltung. Offenbar ist dieser Bebrückung gegenüber in Frankreich; dies wird die „Germania“ nicht fortsetzen können. Wir begeistern uns wenig, wie Jedermann weiß, für die französische Oppositionsgesellschaft; wir wissen, daß wenn die Thiers und Gambetta am Ruder wären, das Volk noch mehr, oder doch mindestens ebenso sehr bedrückt würde, als unter dem heutigen Regime, aber deshalb kann es uns nicht einfallen, das unflätige Beginnen der französischen Regierung zu beschönigen

Für Civilverjorgungsberechtigte und welche es noch werden wollen.

Wenn man durch 12- resp. 15jährige Militärdienstzeit den Civilverjorgungsschein erworben hat, so liegt es wohl im eigenen Interesse, denselben zu verwerthen und eine Stelle im Staatsdienste nachzusuchen. Man reicht daher Gesuche an die königlichen Behörden ein, bei welchen man angestellt zu sein wünscht, giebt auch die Stellen an, für welche man sich geeignet findet, sich stark fähig, oder aber die nöthige Qualifikation besitzt. Auf diese Eingaben erfolgt dann gewöhnlich ein Bescheid mit dem Bemerkten, die dem Schreiben beigefügten Fragebogen zu beantworten, ein Gesundheits- und ein Vermögensattest ausstellen zu lassen und an die betreffende Behörde einzusenden.

Nicht allein, daß man hierbei die doppelten Portokosten zu tragen hat, es entstehen auch für die Erlangung der genannten Atteste bedeutende Kosten. Hat man sich diesen Kosten unterzogen und die gewünschten Papiere eingekauft, erhält man nach einigen Wochen den Bescheid, daß weder eine Bilanz noch eine Aussicht auf baldige Einderung vorhanden. Sollte man indessen dennoch Berücksichtigung gefunden haben, so erhält man vielfach eine Stelle angeboten, auf welche man gar nicht reflektirt hat, auch solche Stellen, wobei es einer 12- resp. 15jährigen Dienstzeit nicht bedürft hätte, um selbige zu erhalten. Hat man aber das 40. Lebensjahr erreicht oder gar zurückgelegt, so werden mit diesem Lebensabschnitt nunmehr alle ferneren Gesuche mit dem Bemerkten abgelehnt, „daß man das 40. Lebensjahr überschritten habe“ und eine Berücksichtigung derselben außer dem Bereiche der Möglichkeit liege.

Auf diese Weise sammelt man Material und wird zu einem Kostenaufwand gezwungen, der nach Jahren eine nicht unerhebliche Summe erreicht.

Da nun der Civilverjorgungsschein eine solche Klausel nicht enthält, welche dem Besitzer desselben das Recht abspricht, nach zurückgelegtem 40. Lebensjahre seine Ansprüche geltend zu machen, so erfolgen Anzeigen über Anzeigen an die königlichen Bezirkscommandos oder direkt an das königliche Kriegsministerium. Die von letzterer Behörde auf derartige Beschwerden eingehenden Bescheide sind schablonenmäßig bearbeitet. Statt daß das königliche Kriegsministerium sich der betreffenden Geschwister annimmt und Sorge tragen würde, diese unterzubringen, werden dieselben sämmtlich an die königlichen Bezirkscommandos ver-

oder gar in Schutz zu nehmen. — Die „Germania“ schwärmt natürlich für Mac-Nahon, für den Pfaffenknecht, und in dieser Schwärmerci kommt es ihr auf Recht und Unrecht nicht an.

Reu-Caledonien, der bekannte Aufenthalt der deportirten Communarden, ist noch um eine Karer reicher geworden. Die ganze Colonie ist von Schwärmen giftiger Fliegen heimgegriffen, unter denen natürlich die Deportirten, welche in ihrer Armuth und Hilflosigkeit sich nicht schützen können, zu leiden haben. Bereits sind 27 Communards und 33 weitere Colonisten an den giftigen Stichen verstorben. Besonders auf der Ile de Pin haben die Insekten massenhaft und sind ihnen auch bereits fast alle Heerden zum Opfer gefallen, wodurch sich die Lage der armen Deportirten abermals wesentlich verschlechtert. Aber nicht allein mit Trauer, mit innigem Mitgefühl für die Gemarterten muß uns die Nachricht erfüllen, sondern auch mit neuem Haß gegen jene Schandbuben, welche die edlen Kämpfer für Freiheit und Gleichheit in eine solche Hölle verjert haben. Schmach den Glenden und — möge das Volk nie vergessen, was sie an seinen Vorkämpfern verbrogen!

Von welcher Energie die „Republikaner“ erfüllt sind, davon erzählt uns die „Frankfurter Zeitung“, welche so gern gegen die „Rohheit“ zu Felde zieht, mit vielem Behagen folgendes Geschichtchen:

In der Provinz treten die Republikaner energischer gegen die Feinde der bestehenden Institutionen auf, wie folgende Scene beweist, die sich am vergangenen Sonntag in Chinon (bei Tours) auf dem Festmahle der landwirthschaftlichen Ausstellung zugetragen hat. Der Maire hatte die Gesundheit des Marshalls ausgebracht. Der Präsekt hatte eine Rede gehalten, in welcher von nichts als dem Ackerbau die Rede war; plötzlich erschallte der Ruf: „Es lebe die Republik! . . . sie wollen sie (die Republik) niederwerfen!“ Ein Herr Herpin erwiderte mit dem Rufe: „Vive le Roi!“ worauf ein Herr Joubert (Bruder des gleichnamigen Abgeordneten) Herrn Herpin frag, ob er den Ruf ausgestoßen habe? Auf dessen bejahende Antwort gab ihm Herr Joubert eine Ohrfeige. Die ganze Versammlung gerieth in so tumultuarische Aufregung, daß der Präsekt sie sofort auflösen mußte.“

Echt „republikanische“ Bildung und Energie das! — Wir wetten, daß besagter Herr Joubert, der inmitten einer republikanischen Majorität einem politischen Gegner gegenüber eine solche „Heldenthat“ verrichtete, sofort ausgegriffen wäre, wenn sich nur ein Polizisten-Knäppi hätte blicken lassen.

Unser Hamburger Parteiorgan schreibt: „So ist's recht! Die Nemesis kommt gewöhnlich sehr bald bei den Leuten, welche sich der Unterdrückung und des Betrugs an ihren Mitmenschen schuldig gemacht haben. So finden wir in der „Republique“ dem Organ Gambetta's, einen polizeilichen Rapport gedruckt, der lautet wie folgt:

„Städtische Polizei. IX. Arrondissement. Saint-Georges-Siertel. Littera A. Ich habe die Ehre, zu berichten, daß heute zwischen 9 und 12 Uhr Abends vier Personen zu Herrn Thiers gekommen sind: Herr G. . . . Vicepräsident am . . . Hofe und drei Unbekannte. Sonst nichts zu melden. P.“

Also Mac-Nahon läßt den alten „Meister der Staatschusterei“, Herrn Thiers, überwachen! Die republikanischen Blätter jammern darüber. Wir erinnern daran, daß, als Thiers Präsident war, die Denunziation und Spionage gegen die Insurgenten der Commune im großartigsten Maßstabe betrieben wurde, und daß damals in einigen Wochen 400,000 Denunziationen einliefen. Nun wird der alte Spion einmal selbst ausspionirt.“

Der neulich zu zwei Jahren Gefängniß und 4000 Fr. Strafe verurtheilte Gerant des „Mot d'Ordre“, Herr Hamon, erschien den 14. d. Mts. vor dem Schwurgerichte zum contradiktorischen Verfahren über die Sache. Die Geschworenen ließen mildernde Umstände zu und der Gerichtshof setzte die Strafe auf drei Monate Gefängniß und 2000 Fr. Geldbuße herab.

— Grobes Geschick. Da die gewöhnlichen Reptilien und Nubel-Sauhirten selbst bei dem deutschen Philister keinen Glauben mehr finden, wenn sie von russischer Humanität und russischen Heldenthaten reden, so hat man es für nöthig befunden. Niemand geringeren, als den Großfürst Nikolay, „Väterchens“ Bruder und der bulgarischen Armee Oberfeldherrn, die russische Pauke schlagen zu lassen. Besagter Nikolay, dem größeren Publikum bekannt durch die „Genialität“, mit der er die Schlacht bei Plewna verloren — die Krüdnere und Consorten waren bloß die Prügelfungen — hat nachstehendes Telegramm ver-

wiesen. Diese legen nun, um dem höhern Befehle nachzukommen, den Geschworenen die Stellen-Balanzliste vor und überlassen dann einen jeden seinem Schicksal.

Hier tritt der ersterwähnte Fall wieder ein. Die Ausgaben an Kosten und dieselben Bescheide sind die Früchte aller Bemühungen.

Auf diese Weise läuft ein Militär-Invalide Jahre lang ohne Existenz in der Welt umher. Sind nun dessen Bemühungen nach Jahr und Tag ohne Erfolg geblieben, so steht ihm kein anderer Weg offen, um den bestehenden Bestimmungen zu genügen, als am 30. Dezember eines jeden Jahres dem betreffenden königlichen Bezirkscommando, in dessen Bezirk derselbe wohnt, davon Anzeige zu machen. Eine Zusammenstellung dieser eingegangenen Anzeigen geht an das königliche Generalcommando und von dort an das königliche Kriegsministerium.

Ist nun ein Militär-Invalide den bestehenden Bestimmungen insofern nachgekommen, so dürfte es auch nunmehr Pflicht des königlichen Kriegsministeriums sein, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich der in Rede stehenden Invaliden anzunehmen und Sorge zu tragen, diese unterzubringen. Denn warum wird jedes Jahr eine derartige Eingabe gemacht? Das königliche Kriegsministerium aber scheint zu glauben, wenn ein langgedienter Soldat den Civilverjorgungsschein erhalten hat, allen weiteren Verpflichtungen denselben gegenüber entbunden zu sein. Ob ein Invalide Stelle hat oder nicht, ob er dadurch, daß er keine erhalten kann, selbst wenn er Familienvater ist, in Noth und Elend geräth, das scheint das Kriegsministerium wenig zu kümmern.

Sollte es dennoch einem Militär-Invaliden einfallen, sich persönlich nach Berlin zu begeben, um dort an Ort und Stelle seine gerechten Ansprüche geltend zu machen zu wollen, so steht demselben bevor, mit folgender Antwort beschieden zu werden: „Herr! wenn Sie glauben, mit Oppositionen nach Berlin gekommen zu sein, so machen Sie, daß Sie Berlin so schleunigst wie möglich verlassen, denn die Behörden haben mehr Geld wie Sie.“ — Auf die Antwort des betreffenden Invaliden, daß er nicht „mit Oppositionen“, sondern mit gerechten Ansprüchen nach Berlin gekommen sei, wenn diese aber mit vorgedachten Aeußerungen beschieden würden, so sei dies mehr als traurig, erhielt er die Antwort: „Traurig aber wahr.“

Diese einzige Aeußerung, deren Wahrheit ich mit meiner Unterschrift verbürge, dürfte genügen, einen Beweis zu liefern,

fertig und nach Petersburg geschickt, wo es pflichtschuldigst veröffentlicht worden ist:

„Telegramm Sr. K. S. des Obercommandirenden der activen Armee aus Gornj-Studen vom 30. Juli (11. August). In ausländischen Blättern ist vielfach die Rede von einer Flucht unserer Truppen nach dem Plewnaer Mißerfolge vom 18. (30.) Juli, einer Verfolgung unserer Truppen durch die Türken bis nach Sifowo, einem mißglückten Versuche, Ruffschuk und Sifstria zu blokiren, sowie von Siegen der Türken bei Ruffschuk, Kasgrad und anderen Orten. Dies alles ist eine ebenso freche Lüge, als die durch die uns feindliche Presse im vorigen Monat verbreitete Ente über ein nie erfolgtes Mißglücken unseres Donau-Überganges bei Nikopolis und einen Sieg der Türken bei Vjela. Ein für alle Mal bitte ich, die systematischen Lügen, die durch türkische Blätter und uns feindliche Organe der europäischen Presse verbreitet werden, nicht zu beachten. Wenn von mir keine Nachrichten einlaufen, so bedeutet das nur, daß Alles günstig steht, und nichts Neues zu melden sei. Als wir Mißerfolge zu verzeichnen hatten, da hatte ich selbst hierüber unverzüglich telegraphirt.“

Allerdings — wenn's ihm nämlich gefiel, oder richtiger, wenn die Nachrichten ihm gefielen. Die Hiebe von Plewna steckte er 8 Tage lang ein, ehe er sie im verächtlich telegraphirte. Und wann die Hiebe, welche es im Balkan gesetzt hat, von dem wahrheitsliebenden Großfürst „unverzüglich telegraphirt“ werden, läßt sich noch gar nicht absehen. Und was die „Flucht“ der russischen Armee nach Plewna anbelangt, so ist allerdings nicht die ganze Armee geflohen, aber doch ein Theil, und zwar die heroischen Kosaken, die bis über die Donau ausritten — und noch ein anderer Theil; und zwar ein sehr wesentlicher: das Hauptquartier, Großfürst Nikolay an der Spitze! Er versteht es, die Pauke zu schlagen. Aber die Pauke hat halt ein Loch!

In einem zweiten Telegramm hat derselbe Großfürst die türkischen Depeschen über russische Grausamkeiten für Lügen erklärt. Gerade solche „Lügen“, wie die „Flucht“ der Kosaken und des Großfürst Nikolay nach Plewna! Noch einmal: Er paukt gut, aber die Pauke hat ein Loch. —

— Die Russen an der Culturarbeit. Da neuerdings sogar preussische Offiziere und der „Deutsche Reichs- und Staatsanzeiger“ in Contribution gesetzt werden, um russische Stimmung zu machen, so sei hier folgender Ausschnitt aus einem aus Kasgrad vom 17. Juli datirten Briefe des Kriegescorrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ im türkischen Lager mitgetheilt:

„Gestern (den 16. Juli) besuchten wir die in Privathäusern untergebrachten und von den Russen überfallen und verunmündeten türkischen Familien. Ich kann Ihnen versichern, die Haare stehen einem zu Berge, wenn man die Opfer dieser Greuelthaten betrachten muß! Da ist nichts geschont worden! Nicht der Säugling an der Mutter Brust, nicht der Greis mit weißem Haupte! Kinder mit drei, vier Lanzenspitzen, Schuß- und Säbelwunden wälzen sich wimmernd am Boden herum. Frauen mit zerhackten Händen und Brüsten legen Zeugniß ab von der unerhörten Bestialität, welche der Einmarsch der Befreier des Orients im Gefolge gehabt hat. Der blutgierigste Tiger ist ein Lamm gegen jene erbärmlichen und schurkischen Mörder, die einjährigen Kindern das Messer in die weiche Hirnschale stoßen konnten. Im serbisch-türkischen Kriege wollte man den türkischen Truppen unzählige Grausamkeiten in die Schuhe schieben. Wo aber blieben die Beweise? Man hat geschäftig berichtet und die Ausschreitungen der Baschibozuks und Tcherkesen bis ins Lächerliche übertrieben. Hätte es damals nur eine einzige durch die blanke Waffe verwundete serbische Frau oder ein verletztes Kind gegeben, man würde gewiß nicht verschelt haben, das corpus delicti nach Belgrad zu schaffen, um es von hier aus dem entristeten Europa zu zeigen. Ich war während des ganzen Kriegs in Belgrad und Niemand hat auch nur einen annähernd ähnlichen Fall mit eigenen Augen gesehen. Bei der Unterdrückung des bulgarischen Aufstandes im vorigen Jahre waren gewiß schreckliche Vorgänge zu beklagen, doch das war ein Bürgerkrieg und seine Bekämpfer waren eben Baschibozuks; jetzt aber kämpfen zwei Kaiserreiche gegeneinander, von denen das eine das andere zur Civilisation zwingen will. Und zur regulären Armee Russlands gehören jetzt auch die Kosaken, die an den Unthaten vielfachen Antheil genommen haben. Man denke an Sibirien, Polen, Rhina, den jetzigen Krieg, die Tausende von ermordeten friedlichen Bürgern, Weibern und Kindern, die verbrannten tür-

wie ein königliches Kriegsministerium über Militär-Invaliden denkt. Auf deutsch heißt dies: Da Du kein Geld hast, Deine gesetzlichen Rechte, welche Dir vom Standpunkte des Rechts verweigert werden, auf dem gerichtlichen Wege zu erlangen, so hast Du zu schweigen und jedes Unrecht mit Geduld zu ertragen.

Aus den dem Unterzeichneten zugegangenen Bescheiden der königlichen Behörden geht mit Bestimmtheit hervor, daß eine Verfügung existirt, wonach Militär-Invaliden nach zurückgelegtem 40. Lebensjahre bei Anstellungsgesuchen nicht zu berücksichtigen bleibt, es vielmehr dem Ermessen der Behörden anheimgestellt bleibt, solche Invaliden zu nehmen oder nicht. Der Civilverjorgungsschein, welcher im königlichen Auftrage unterzeichnet wird, enthält von den hier vorerwähnten Bestimmungen nichts. Es ist überhaupt den meisten Invaliden gänzlich unbekannt, daß solche Bestimmungen existiren. Wenn aber solche Bestimmungen, welche doch höhern resp. höchsten Orts erlassen worden sind, bestehen, so dürfte mit Recht die Frage aufgeworfen werden, warum derartige Bestimmungen nicht in den Civilverjorgungsscheinen enthalten sind. Es dürfte nicht genügen, daß man bloß den königlichen Behörden von dem Bestehen solcher Bestimmungen Kenntniß gäbe, sondern gerade den betroffenen Invaliden müßten sie mitgetheilt werden.

Liegt es denn überhaupt in der Möglichkeit, daß eine derartige Verfügung existiren kann? Mit der einen Hand giebt man den Civilverjorgungsschein, den zu erlangen viele Soldaten ihre Jugend geopfert haben, mit dem Versprechen, sich bei jeder Behörde um Anstellung bewerben zu können, während man mit der andern Hand eine Verfügung erläßt, welche dem Besitzer des Civilverjorgungsscheins die Rechte entzieht, weil er das 40. Lebensjahr erreicht oder überschritten hat. Der Staat macht daher seinen Invaliden Versprechungen, welche zu halten er sich nicht zur Pflicht macht.

Wenn das königliche Kriegsministerium ein weiteres Interesse an den Militär-Invaliden nicht nimmt, als denselben bloß den Civilverjorgungsschein zu geben, und dann nicht darauf hält, daß die königlichen Behörden veranlaßt werden, denselben auch immer zu berücksichtigen, sondern jeden Civilverjorgungsberechtigten seinem Schicksal überläßt, so steht nicht allein den Besitzern, sondern auch denjenigen, welche denselben noch erwerben wollen, ein recht trauriges Loos bevor, weil Keiner weiß, was ihm die Zukunft bringt.

Die sämmtlichen königlichen Behörden sind angewiesen, die

fischen Dörfer und an sonst noch alle die Greuel, die die Scham verbietet hier niederzuschreiben, und dann wage man noch zu sagen, Rußland sei berufen, als Befreier der unterdrückten Christen des Orients aufzutreten! Die Zahl der Opfer und die Art der Verwundungen hier in Kasgrad (doch das ist ein kleiner Theil) habe ich Ihnen ausführlich telegraphisch mitgeteilt. Wir wollen sehen, ob man uns gegenüber das abzuleugnen versuchen wird, was die Vertreter von elf Zeitungen hier mit eigenen Augen angesehen haben."

Der Brief, welcher fast vier Wochen gebraucht hat, um nach Köln zu gelangen, hat um so mehr Beweiskraft, als der Schreiber im Anfange desselben seinen lebhaften Unwillen über die türkische Armeeführung ausspricht, die, in Anbetracht der bevorstehenden Aktion, so rückwärts-voll gewesen ist, die Herren Correspondenten außer Schußweite zu schiden.

Wir erwähnten oben des „Reichs- und Staatsanzeigers“. Dieses einzige amtliche Blatt des Reichs brachte nämlich vor einigen Tagen einen angeblichen Protest des Times-Correspondenten gegen die Echtheit seiner Namensunterschrift unter dem bekannten Dokument der Zeitungs-Correspondenten über die von ihnen als Kruzgenossen bekundeten Russengreuel. Und hinter nach stellt sich heraus, daß der Protest unecht, die Unterschrift aber echt war! Man sieht, das Pöbel der russischen Russen hat unsere deutschen Russen angefeindet.

Die Vereinigung Suleiman Pascha's mit der türkischen Hauptarmee unter Mehmed Ali Pascha ist vollzogen, und jeden Augenblick kann es nun zu einer Hauptschlacht kommen. In unterrichteten Kreisen gilt das Schicksal des diesjährigen Feldzugs der Russen übrigens schon für besiegelt, und wird der Rückzug in die rumänischen Winterquartiere als sicher betrachtet. Ob „Väterchen“ aus den „Winterquartieren“ wieder herauskommen wird — wenigstens als Czar — dürfte sich einigermassen fragen.

Ueber die Volksversammlung der „Internationalen“ zu New-York, welche von dem amerikanischen Correspondenten der „Frankfurter Zeitung“ so schmächtig verlästert worden ist, schreibt der Berichtsteller eines Blattes, das niemals Sympathien für die Sozialdemokratie ausgesprochen, sich aber, trotz aller Gegnerschaft, Unabhängigkeit des Urtheils zu bewahren gewußt hat: der „Bosnischen Zeitung“, wie folgt:

„Auf dem Tompkins Square in New-York hat am 25. Juni Abends das Meeting von den dortigen „Internationalen“ und einigen anderen Arbeitergenossenschaften zu Gunsten der streikenden Eisenbahnarbeiter stattgefunden; zwei Rednerbühnen waren errichtet, auf der einen sprachen die Redner in englischer, auf der anderen in deutscher Sprache. Der Platz war durch Calciumlichter erleuchtet und nur die Stelle, wo eine beträchtliche Menge Polizisten aufgestellt war, blieb dunkel. Im Ganzen mögen wohl 5—6000 Menschen anwesend gewesen sein, doch kam mit einer einzigen unbedeutenden Ausnahme keine Ruhestörung vor, Jeder beobachtete ein anständiges Betragen und alle Besorgnisse, welche man betreffs der Versammlung gehegt, erwiesen sich als grundlos. Der Redakteur der „Arbeiterstimme“, Walker, ergriff zunächst das Wort und erklärte, Amerika sei noch bis vor wenigen Jahren als das Paradies der Arbeiter gepriesen worden, jetzt sei das anders. Heute hätten die Arbeiter aufgehört zu arbeiten, weil die Monopolisten ihnen nicht mehr das Recht zugestanden, soviel zu verdienen, wie sie zum Unterhalte ihrer Familien nötig haben. Der Arbeiter müsse ein menschenwürdiges Dasein führen können, sonst solle er lieber aufhören zu arbeiten. Der nächste Redner war ein Herr Alexander Jonas, der daran erinnerte, daß vor etwa einem Jahre ein hervorragender Politiker das große Wort ausgesprochen, daß es in Amerika keine soziale Frage gebe. Das heiße also: In den Vereinigten Staaten sind die gesellschaftlichen Zustände und ist der Gang der industriellen Entwicklung der Art, daß Jeder, wenn er nur arbeiten will, eines menschenwürdigen Daseins sicher sein könne, soweit der Ausschluß materieller Noth daselbst verbürgt kann. Dieses große Wort sei vor einem Jahre ausgesprochen, als Glend und Noth schon ganz ungeheure Kreise ergriffen hatten, und zwar durch Carl Schurz, den heutigen Minister des Innern im Kabinett der Vereinigten Staaten. Um denken, um ihre Angelegenheiten, die doch schließlich die der ganzen Gesellschaft seien, vernünftig ordnen, um die Familie aufrecht erhalten zu können, dürften die Arbeiter sich nicht herabdrücken lassen zum Standpunkte des Lumpenproletariats und der Tramps, zum Standpunkte der Leute, welche auch

ein Produkt der heutigen Gesellschaftsverhältnisse, auch ein Opfer der industriellen Entwicklung, erst ausgebeutet und dann auf's Straßenpflaster geworfen seien und die heute morden und brennen und plündern. Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß er auf die vielen Bravo's und Cheers gar nichts gebe, weil denselben doch die That, nicht die des Aufruhrs, sondern die viel mehr Verständniß, Muth und Ausdauer fordernde der Organisation nicht folge. — Ein Cigarrenmacher Winter legte in seiner Rede das Hauptgewicht darauf, daß die Abänderung des gegenwärtigen Produktionsystems nöthwendig sei und daß der Arbeiter, so lange der alte Zustand bleibe, immer vom Kapital abhängig. Er schloß mit einer donnernden Philippika gegen die dem Communismus feindlich gesinnten Blätter. Mehrfach sprachen sich auch die englischen Redner aus. Während der Versammlung war alles ruhig, nach der Vertagung derselben kam es aber doch noch, als der Platz geräumt werden sollte, zu einem Vorstöße, bei welchem auf beiden Seiten mehrfache Verwundungen vorkamen, in welchem gelang es der Polizei bald, die Squares von den Menschenmengen zu säubern."

Dieser Bericht zeigt, daß unsere Parteigenossen bei dieser Gelegenheit durchaus die Haltung eingenommen haben, die ihnen als Sozialdemokraten geziemt. Daß die Ruhestörungen nach der Versammlung nicht unseren Genossen, sondern wahrscheinlich der, am demnächst ja auch im Unordnungsmachen sehr starken, Polizei Schuld zu geben sind, erhellt sogar aus obigem Bericht.

Die „Berliner Freie Presse“ erfreut sich nach wie vor der zuvorkommendsten Aufmerksamkeit seitens Lessendorfs. Obenan steht als besonderes Merkmal dieser Aufmerksamkeit eine indirekte Majestätsbeleidigung, mit der unser Berliner Parteiorgan beehrt worden ist. Selbstredend spielt auch der § 130, der nur der Sozialdemokratie wegen fabrizirt worden ist, in den prozessualischen Rencontres Lessendorfs mit der „Berliner Freien Presse“ eine Rolle. Es kommen hierzu wohl ein Duzend Polizeibeleidigungen, eine Religionschmähung und, um das Sündenregister voll zu machen, figuriren auch etliche Privatbeleidigungen in dem Prozeßkonto der „Berliner Freien Presse“. Allen Respekt vor diesem „Kampf mit geistigen Waffen“.

Verurtheilt. Soeben geht uns die Mittheilung zu, daß die Genossen Kaultz und R. Hadenberger von dem Gericht in St. Johann jeder zu 2½ Jahren Gefängniß verurtheilt worden sind.

I. An die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“.

Hamburg, den 7. August.

In der Beilage Nr. 215 Ihres geschätzten Blattes vom 3. August d. J. bringen Sie unter „Zum Abschluß“ eine längere Auseinandersetzung über die vom „Vorwärts“ gegen Ihre Zeitung veröffentlichten Artikel in Sachen der französischen Republik.

In dieser Ihrer Auseinandersetzung kommen Sie nun auch auf eine früher in Ihrem Blatte enthaltene Aeußerung zurück, wonach Sie unseren Blättern anrathen, weniger die Spalten der „Frankfurter Zeitung“ zu plündern, und den „Führern“ der sozialistischen Arbeiterpartei nahe legen, Hilfe von Ihnen, den eigentlichen Bourgeois, weniger in Anspruch zu nehmen.

Auf den im „Vorwärts“ aufgetauchten Zweifel, daß Sie unter der „Hilfe“ noch etwas anderes als das „Plündern“ Ihrer Spalten verstehen, antworten Sie nun in der oben citirten Beilage, die Vermuthung des „Vorwärts“ sei richtig, Sie hätten damit zu versprechen geben wollen, daß es ungemein unschädlich sei, diejenigen zu schmähen und zu höhnen, welche es, natürlich um der Sache willen, an Gefälligkeiten für die sozialistische Partei bei Gründung und Verbreitung ihrer Blätter und in der Wahlagitiation nicht haben fehlen lassen. Sie fügen dieser Ihrer Behauptung noch die Bemerkung bei, daß bei einer Umfrage in der Partei der Verfasser des Artikels „Nieder mit der Republik“ mancherlei Aufschlüsse über solche „nachbarliche Dienste“ erhalten würde und fragen dann: „Eine Spezifikation ist wohl nicht nöthig?“

Sie werden es begreiflich finden, daß wir durch diese Ihre Ausführungen auf's Höchste überrascht wurden.

Als auf dem vorjährigen Sozialistencongreß in Gotza von Seite eines Delegirten aus Frankfurt ebenfalls die Behauptung aufgestellt wurde, daß eine Reihe unserer Blätter wie auch bekannter Parteigenossen Subventionen von Herrn L. Sonnemann

erhielten, wiesen sowohl die Vertreter der genannten Blätter wie auch die betreffenden Parteigenossen diese Behauptung zurück und täuschen wir uns nicht, so erklärte damals Herr Sonnemann in der „Frankfurter Zeitung“, daß die Angaben des Frankfurter Delegirten falsch seien, und daß es sich so verhalte, wie die angegriffenen Personen auf dem Congreß erklärt hatten.

Zur Zeit des vorjährigen Sozialistencongresses waren also die von Herrn L. Sonnemann resp. der „Frankfurter Zeitung“ der sozialistischen Partei oder deren einzelnen Führern erwiesenen „Gefälligkeiten“ nicht derart, daß sie über den Rahmen der zwischen allen in gewissen Fragen sich näher stehenden Parteien üblichen Beziehungen hinausgingen. Die „Gefälligkeiten“, auf die Sie sich beziehen, und überaus im Laufe dieses Jahres erwiesen worden sein, überrascht uns nicht um so mehr, als auf dem vorjährigen Congreß von allen Seiten darauf hingewiesen wurde, daß derartige Gefälligkeiten unter allen Umständen der sozialistischen Partei zum Schaden gereichen.

Da Sie nun in Ihrem Artikel „Zum Abschluß“ fragen, ob Spezialitäten gewünscht werden, so sieht sich das unterzeichnete Central-Wahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei veranlaßt, Namens der Partei diese Frage zu bejahen.

Ob Angehörige unserer Partei, uneingedenk der vorjährigen Congreßverhandlungen, „Gefälligkeiten“ seitens der „Frankfurter Zeitung“ erbeten und dieselben erhalten haben, oder auf was sonst sich Ihre Behauptungen stützen, auf alle Fälle kann ein offenes Darlegen des Sachverhalts der Ehre unserer Partei nur zuträglich sein, als Ihre verstellten Behauptungen und Andeutungen.

Wir bedauern, daß um eines, unserer Meinung nach, sehr unwesentlichen Anlasses willen, das bisherige gute Verhältniß zwischen der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Vorwärts“ so unliebsam gestört wurde, aber nachdem die Sache einmal so weit gekommen ist, halten wir es für das Beste, wenn über alle Beziehungen zwischen Ihnen und unserer Partei völlige Klarheit waltet.

Daß Ihre Andeutungen der ganzen Meute der uns feindlichen Presse gewünschte Gelegenheit bietet, über die Sozialdemokraten herzufallen, ist wohl selbstverständlich, und da auch in den Reihen unserer Genossen Zweifel entstehen werden, so ist es schon um des letzteren Grundes willen unsere Pflicht, Sie zu ersuchen, die angedeutete Spezifikation eintreten zu lassen.

In der Hoffnung, daß Sie unserm Ersuchen baldigst nachkommen, verbleibt

Hochachtungsvoll

das Central-Wahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei:
G. W. Hartmann, J. Braack, Aug. Geib, U. Derossi, J. Auer.

II. An das Central-Wahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei.

Frankfurt a. M., 17. August 1887.

Sehr geehrter Herr!

Auf die Zuschrift des Central-Wahlcomités der sozialistischen Arbeiterpartei vom 7. d. Mts. haben wir Ihnen zu erwidern, daß wir selbstverständlich in der Lage sind, unsere Behauptungen aufrecht zu erhalten und zu beweisen. Da dieselben jedoch in der „Frankfurter Zeitung“ erwiesen sind, so sehen wir uns zu unserm Bedauern außer Stand, Ihrem Ersuchen auf privatem Wege zu willfahren. Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ kennt nur den Weg der Oeffentlichkeit und kann darum als solche auch nur einem auf dem Wege der Oeffentlichkeit an sie gelangten Reklamations-Verfahren eine entsprechend Berücksichtigung zu Theil werden lassen.

Hochachtungsvoll

Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“.
Otto Hörth.

Wir erwarten nun seitens der „Frankfurter Zeitung“ Weiteres.

Correspondenzen.

Schleswig, 2. August. Wie wir aus der Parteipresse ersehen, wird die Verfolgungswuth gegen unsere Partei immer stärker und die Verurtheilungen und Maßregelungen folgen immer schneller aufeinander, so daß man beinahe verzweifelt wird, zu glauben, daß in dieser Beziehung die „geheimen Instruktionen“ neben den Gesetzesparagrafen eine wichtige Rolle spielen. Daß man bei den Verurtheilungen gegenüber unserer Partei stets das höchste Strafmaß in Anwendung bringt, ist

Militär-Invaliden zu beschäftigen resp. anzustellen. Auch den Communal-Behörden, Eisenbahn-Verwaltungen u. s. sind die Militär-Invaliden zur Berücksichtigung empfohlen. Alles dessen ungeachtet kommen speziell die königlichen und Communal-Behörden diesen Weisungen am wenigsten nach. Es kann nachgewiesen werden, daß speziell die königlichen Eisenbahn-Direktionen oder Direktionen der Staatsbahnen fast 1/3 nicht anstellungsberechtigten Personen beschäftigen. Der Unterzeichnete suchte auch um Beschäftigung bei der königlichen Saarbrücker Eisenbahn nach, wurde aber ablehnend beschieden; als hierauf der Gesuchsteller sich persönlich bei dem Vorsitzenden begab und ihm gegenüber erklärte, daß doch soviel Nichtanstellungsberichtigte beschäftigt seien, es daher wohl nicht allein Pflicht, sondern auch Bestimmung sei, Militär-Invaliden vorerst zu berücksichtigen, erhielt er zur Antwort: „Wenn Ihnen das nicht paßt, so können Sie sich beschweren.“ Diese Herren wissen aber schon im Voraus, daß sie ein Bormwurf dieserhalb nicht treffen wird, da die mannichfachen Hintertüren zu den Bestimmungen zur Genüge Gelegenheiten bieten, eines derselben zur Flucht zu benutzen. In einem Schreiben, welches der Unterzeichnete erhielt, vom königl. Kriegs- und Handels-Ministerium unterschrieben, wie ein ferneres Schreiben an denselben vom königlichen Justiz- und Ministerium des Innern unterschrieben, wird die Berücksichtigung seiner Gesuche um Anstellung im Ressort des Handels- und Ministerium des Innern vollständig abgelehnt.

Wenn daher die Befugnisse der Ministerien soweit gehen, einem Militär-Invaliden seine gerechten Ansprüche in dem ganzen Ressort zu entziehen, wo soll der Besizer des Civilversorgungsscheins Anstellung resp. Beschäftigung finden? Der Civilversorgungsschein ist demnach vielfach ein werthloses Stück Papier. Besser wäre es gewesen, man hätte den Soldatenberuf nie gewählt, das Vertrauen würde dann wenigstens nicht erschüttert worden sein.

Wie gestalten sich aber im nachstehenden Falle die Verhältnisse? Der Feldwebel a. D. Hannover zu Coblenz, welcher sich mit Behörden resp. mit dem Ministerium überworfen, erhält in allen seinen Antwortschreiben auf Anstellungsgesuche die Bemerkung, daß er die eine oder andere Behörde verklagt habe und insolge dessen keine Berücksichtigung finden könne?

Wie rechtfertigt sich in den nachstehenden beiden Fällen der Ausschluß des Civilversorgungsscheins resp. die königlichen Behörden?

1) Der Sergeant Puhl der 9. Compagnie des Kaiser-Franz-Grenadier-Regiments, welcher noch in Activität, ist ebenfalls Besizer des Civilversorgungsscheins. Derselbe bewarb sich in Berlin um verschiedene Stellen. Selbst sein Regiments-Commandeur empfahl diesen Mann auf das Wärmste, nichts desto weniger erhielt derselbe von den Behörden die Antwort, daß er insolge seines Alters nicht berücksichtigt werden konnte. Dieser Mann ist aber erst 36 Jahre alt.

2) Der Feldwebel a. D. Stoltefuß des 3. Garde-Regiments zu Fuß zu Hannover trat mit dem 20. Lebensjahre in den Militärdienst, nachdem er die Feldzüge 1864/66 mitgemacht, diente er mit den Kriegsjahren 21 Jahre, als er aus dem Militärdienste trat, war er 41 Jahre alt. Derselbe erhielt bei seinem Austritt 15 Thlr. Pension, weil sein Gesundheitszustand ihm nicht erlaube von dem Civilversorgungsschein Gebrauch zu machen. Nach 1½—2 Jahren stellte man den p. Stoltefuß wieder vor eine ärztliche Commission. Hier entschied dieselbe, daß der p. Stoltefuß wieder soweit hergestellt sei, um eine Stelle bescheiden zu können. Man reduzirte daher seine Pension auf 7 Thlr. und gab ihm in seinem 43. Lebensjahre nach den Civilversorgungsschein. Derselbe reichte nun seine Gesuche ein, erhielt jedoch allezeit den Bescheid, daß er zu alt sei.

Was soll dieser p. Stoltefuß nun mit dem Papier machen, wenn er dasselbe nicht verwerten kann? Jedenfalls sollte doch der Besizer des Civilversorgungsscheins die entzogenen 8 Thlr. erhalten. Solche Handlungen sind nicht dazu angethan, Vorliebe für den soviel gepriesenen Unteroffiziersstand hervorzurufen. Alle Vor- und Unteroffizierschulen können nichts dazu beitragen und dürfte lediglich der Grund des Mangels an Unteroffizieren nur in den vorgedachten Umständen zu suchen sein.

Idem, Feldwebel a. D.

Vor wenigen Tagen ist in Berlin, so erzählt die „Bosnische Zeitung“, ein Mann in der Blüthe der Jahre gestorben, der in gewissem Sinne ein Original gewesen und besonders den Bewohnern im östlichen Stadttheil sehr gut bekannt war. In eleganter Kleidung und Wäsche, bewaffnet mit einem riesigen Knotenstock und zeitweilig in hohen Kanonenschuhen, durchwanderte der „Baron“ — unter dieser Bezeichnung ist er vielen bekannt — rastlos von früh bis spät die Straßen, stets erudirt und in Definitionen andröhend. Der Mann hatte etwas Besonderes an sich, und seine Lebensgeschichte ist ebenso absonderlich, als eine der nehmenden und hochgeachteten Familien Abentheuer, das Erbe eines Vermögens von 300,000 Mark, war der gebildete

Cavalier vor etwa 15 Jahren in die Armee getreten. Eine unbedingliche Liebe zum „Schnaps“ brachte den jungen talentvollen Offizier bald zu Falle, er mußte seinen Abschied nehmen und seine Verwandten sahen sich schließlich genöthigt, den Bedauernswerthen unter Curatel stellen zu lassen, um so mehr, als er eine unbegrenzte Gutmüthigkeit gegen seine Mitmenschen an den Tag legte und jedem Mißbehütigen mit vollen Händen beistieg. Da der Trunk den Mann immer mehr beherzte, so hielten die Verwandten aus Rücksicht auf die Familie es für wünschenswerth, ihn aus seiner Heimath zu entfernen. Vor Jahren kam er nach Berlin. Hier ward nun, was ja die Hinführung seines Vermögens gestatteten, in der nobelsten Weise für ihn gesorgt. Er erhielt freie Wohnung, in Station, Wäsche, Kleidung, selbst Cigarren und holte sich täglich an einer bestimmten Stelle 2 Mark 50 Pfennig zur Befriedigung seines Durstes. Der Vermittler war streng angewiesen, niemals mehr — etwa vortheilhaft — an den „Baron“ zu zahlen. Diese Emolumente waren immer noch so anständig, daß der Mann seine Reizung zum Trinke in Bier, selbst in Wein hätte befriedigen können. Er zog es aber vor, mit Dienstleuten, armen Gesellen und Arbeitern sein bares Einkommen zu theilen und Blaqueur zu trinken. Bar seine Kasse erschöpft, so ging er, mit seinem Stock Kreuze in der Luft beschreibend, spazieren, erhob am nächsten Morgen seinen Doorn wieder, um ihn wieder mit Armen zu vertheilen, und so ging es jeden Tag. Niemand hat Jemand gehört, daß der Bedauernswerthe auch nur entfernt excedirt hätte, immer blieb er der „Cavalier“. Seine Erscheinung auf der Straße war immer noch eine sehr stattliche. Vor wenigen Tagen ist er in einem hiesigen Krankenhaus im Alter von etwa 37 Jahren verstorben. Seine Leiche ist von den Verwandten und Erben nach der Heimath übergeführt worden.

— Einen Beleg für die vielseitige Werthbarkeit der Polizei liefert folgendes Faktum. In der „Wahlhalle“ zu Berlin gastirende Sängerin Frau Ravens hatte vor Kurzem den Wunsch, ihr 7jähriges, höchst schüchternes Söhnchen, welches in Coblenz in Pension war, zu sich zu nehmen; sie vermochte aber aus ihrem Gasspiel-Engagement nicht abzukommen, und wandte sich dieselbe an die königliche Polizei-Direktion in Coblenz mit dem Ansuchen, ihr den Sohn durch einen Beamten in Civil auf ihre Kosten nach Berlin zu senden. Umgehend erfolgte auch die Antwort des dortigen Polizei-Inspektors Brodhagen, wonach auf Frau Ravens's Wunsch ein Schuttmann in Civil ihren Sohn begleiten sollte. Da die angelegten Kosten äußerst gering waren, so ging Frau Ravens erst auf dieses freundliche Anerbieten ein und empfing vor einigen Tagen ihr wohlbehaltene angekommene schüchternes Kind. Daß Polizeibeamten so gefällig sind, Ankommen haben und Weg und Tragen lassen, daß sie schon manchmal deren Eltern auf den Weg gebracht haben.

und längst nicht mehr auffallend, müssen uns aber darüber wundern, daß man noch nicht zu der Einsicht gelangt ist, daß hierdurch gerade das Gegenteil von dem erreicht wird, was man erstrebt. Vor einiger Zeit fand auch hierorts eine Verurteilung statt, dieselbe war nun zwar nicht direkt gegen uns gerichtet, aber an der Höhe des Strafmaßes, welches bei derselben angewandt wurde, schien es uns doch, als ob man uns einen Stein in den Weg legen wollte. Der Vorgang ist folgender: Am letzten Neujahrstage hielten wir in Naholm, einem in der Umgegend Schleswigs belegenen Dorfe eine Volksversammlung ab, welche sehr gut besucht war und woselbst unser Reichstagskandidat S. Heintzel referierte. Da wir nun in dieser Gegend trotz aller Mühe kein Lokal aufreiben konnten, indem die Gastwirthe von unseren liberalen „Freunden“ beeinflusst, und aus Furcht vor polizeilicher Maßregelung uns dieselben verweigerten, so erbot sich ein Mann in obengenanntem Dorfe, uns zu diesem Zwecke sein Haus einräumen zu wollen, welches Anerbieten wir nicht ausbleiben. Der freundliche Mann war nämlich demüthigt worden, daß er bei der in seinem Hause abgehaltenen Versammlung Getränke gegen Zahlung ausgesetzt haben sollte, die Anlage würde gegen ihn eingeleitet und seine Verurteilung zu 48 Mark Strafe und 18 Mark Unkosten erfolgte bald darauf. Unsere Gegner freuen sich sehr über diese Verurteilung, sie glauben, dieselbe würde anere Agitation in diesem Bezirke für immer lahm stellen, daß sie aber gewaltig im Irrthum sind, werden sie später erfahren. Was nun die öffentliche Agitation hier am Orte betrifft, so ist dieselbe ganz unmöglich, indem uns schon seit drei Jahren kein Lokal zur Verfügung steht. Die Wirthe sind noch immer dermaßen beeinflusst, daß sie uns ihre Lokale selbst gegen eine ihnen von uns gebotene Miete von 12 Thlrn. pro Abend verweigerten. Wir sind also somit nur auf die private Agitation angewiesen, und obwohl dieselbe auch sehr erschwert wird durch die Beeinflussung von Oben, so dürfen wir wollen wir nicht nachlassen in der „Wählerei“ und sollten auch unsere Gegner, besonders die Rationalliberalen, hierüber aus der Haut fahren lassen und ihr Verbot, die „Schleswiger Nachrichten“, die Sozialisten noch so sehr verläumdend, daß soll uns wenig kümmern.

Königsberg i. Pr., 14. August. Gestern Abend hatte hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher über die Begründung einer sozialdemokratischen Zeitung am hiesigen Orte gesprochen wurde. — Herr Julius Kräcker aus Breslau referirte über die Angelegenheit, indem er in längerer, sehr klarer und die Aufmerksamkeit der Zuhörer in hohem Grade fesselnder Rede zuerst die Nothwendigkeit eines sozialdemokratischen Vorkommens für Königsberg und die Provinz Preußen nachwies und dann den König des Unternehmens darlegte. Hierauf wird vom 1. Oktober d. J. ab in unserer Stadt die „Königsberger freie Presse“ herausgegeben werden. Das Blatt erscheint wöchentlich einmal, erhält als Beilage die „Neue Welt“ und kostet mit dieser, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mark 50 Pfg. — Die Versammelten nahmen Herrn Kräcker's Auseinandersetzungen und Mittheilungen mit Enthusiasmus auf, am Schluß meldeten sich verhältnismäßig Viele zum Vertheilen des Prospektes und die ganze Haltung der Versammlung läßt das Beste für das Unternehmen hoffen. Möchte das bei dieser Gelegenheit hoch anzuerkennende Entgegenkommen der Breslauer Parteigenossen bei den Sozialdemokraten Königsbergs und der Provinz Preußen einen lauten, durch Opferfreudigkeit und Energie getragenen Wiederhall finden.

Schweidnitz, 30. Juli. Am 21. d. Mts. fand hier die erste von 4 bis 500 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Kühn über die Lage des Arbeiterstandes und über die Bestrebungen der Sozialdemokratie in längerer Rede referirte. Die Versammlung verlief gut. Am 28. d. hielten wir eine zweite Versammlung ab, um die Verordnungen des hiesigen Stadtblattes über den Verlauf der ersten Versammlung zu widerlegen. Die Tagesordnung lautet: 1) „Diskussion über den Kühn'schen Vortrag vom 21. d.“; 2) Bericht des „Schweidn. Stadtbl.“ über die letzte Versammlung; 3) die verschiedenen politischen Parteien der Gegenwart und die Stellung des Kleinbürgerthums. „Gegner und insbesondere den Redakteur des „Schweidn. Stadtbl.“ hatten wir auf den Plakaten besonders eingeladen, worauf Veranlassung des Redakteurs gedruckte Circulars an die Fabrikanten in Schweidnitz und der Umgegend gesandt wurden, in welchen dieselben gebeten wurden, mit ihren Buchhaltern, Comptoiristen, Verfahrern und jedenfalls auch mit Arbeitern zu erscheinen, um das Bureau in ihre Hände zu bekommen und die Redezeit auf 20 Minuten zu beschränken, was ihnen auch gelungen ist. Kühn mußte sich infolge dessen mit beschränkter Redezeit achtmal gegen acht gemessene Redner wenden und er that es nicht ohne Erfolg. Die Versammlung war von 1200 bis 1500 Personen besucht.

Hoflau, 14. August. Die am hiesigen Orte reichlich vertretenen Cigarrenarbeiter sind von einer Arbeitsausperrung bedroht, und namentlich ist es der Cigarrenfabrikant Deiter, der sich mit dem Plane trägt, seine Arbeiter auf das Plaster zu werfen, wenigstens ließ er am 4. August durch Anschlag in den Arbeitssälen bekannt machen, daß seine Fabrik am 18. d. M. geschlossen werden würde. Und welches ist der Grund zu dieser Maßregel? — weil die hiesigen Cigarrenarbeiter sich erdreisteten, in größerer Anzahl dem Allgemeinen deutschen Tabakarbeiterverein beizutreten. Es handelt sich also um die Unterbreitung einer Organisation der Arbeiter. Die Fabrikanten wissen eben, daß sich mit unorganisirten Arbeitern leichter umspringen läßt als mit organisirten. Die Arbeiter dagegen haben es satt, ferner das willenlose Werkzeug ihrer Arbeitgeber abzugeben; es dürfte sich daher ein harter Kampf entspinnen, wenn die Fabrikanten bei ihren Sprengungsgeheulen beharren sollten. Die Arbeiter haben an dem Allgemeinen Tabakarbeiterverein einen starken Rückhalt, es ist daher bei einigem Ausscharen der Arbeiter leicht möglich, daß die Fabrikanten zum Nachgeben gezwungen werden könnten. Für den Fall der Ausperrung, worüber noch Kenntniß gegeben wird, sind Unterstützungen an Herrn Paul Zimmermann, Briegerstraße bei Kristin zu senden.

Hallberstadt, 13. Juli. Zum Kapitel vom „Entbehrungslohn“ kann ich einen kleinen, aber doch sehr sprechenden Beitrag liefern. Mein Gewährsmann ist das hiesige Intelligenzblatt, welches sich aus Wasserleben über den Betrieb der dortigen Aktienzuckerfabrik, eine der bedeutendsten in der Provinz Sachsen, mittheilen läßt, daß den Aktionären genannter Fabrik wiederum eine bedeutende Dividende von 51,5 Proz. gezahlt wird. Die auf 1000 Thaler lautenden Aktien erhalten somit außer den 5 Proz. Zinsen = 50 Thaler noch 515 Thaler Dividende, in Summa also 565 Thaler. Nicht wahr, bei diesem „Entbehrungslohn“ läßt sich's schon auskommen? Aber wie steht es denn mit den Arbeitern? Die werden bei dem brillanten Stande des Geschäfts hoffentlich doch auch einen Lohn empfangen, der ihnen das „Entbehren“ begehlich erscheinen läßt? — Man staune — die Arbeiter werden abgespeist mit Ref. 1,40—1,80 täglich. Für

die Herren Aktionäre den „Entbehrungslohn“ — für die Arbeiter den Hungerlohn. Eine nette Gesellschaftsordnung das, diese Bourgeoisgesellschaftsordnung! Nicht wahr?
Erfurt, 3. August. Am 21. vor. Mts. hielt Genosse Klute in einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung eine Abschiedsrede vor seiner Ueberiedelung nach der Niederlausitz. Die Versammlung war stark besucht. Klute gab ein Bild von seiner agitatorischen Thätigkeit in Sachsen und Thüringen und meinte, daß der Sozialismus in Thüringen 125 Prozent und in der Stadt Erfurt nahezu 100 Prozent an Anhängern gewonnen habe. Nachdem Klute seine Rede geschlossen, forderte der Vorsitzende Arnold die Anwesenden auf, durch Erheben von ihren Sätzen dem scheidenden Genossen ihre Anerkennung für dessen Thätigkeit auszudrücken. Klute lehnt diese Ehrenbezeugung mit dem Bemerkens ab, daß ihm am besten durch festes Zusammenhalten der Sozialisten Thüringens gedankt sei. Klute hat hier ein gutes Andenken hinterlassen, und wir sind überzeugt, daß er auch in der Niederlausitz bald ein gern gehörter Redner sein wird.

Burg, 10. August. Vor dem hiesigen Militärgerichte hatte sich vor einigen Tagen neuerdings ein aus Preußen bezogener Muster-Unteroffizier, der Vice-Feldwebel Wilhelm Steinmeyer des 5. Infanterie-Regiments, wegen einer stattlichen Reihe von Soldaten-Mißhandlungen zu verantworten. Die Verhandlung brachte recht bezeichnende Vorgänge ans Tageslicht, und drängte sich dem Zuhörer die Ueberzeugung auf, daß manches Vorkommniß in der Wirklichkeit trasser gewesen, als es sich hier in den Auslagen der mißhandelten Soldaten, von denen sämmtlich der militärische Leumund verlesen wurde, widerspiegeln. Die zur Genüge bekannte und nicht allein in der preussischen Armee üblichen Ausdrücke, welche der Angeklagte gebraucht hatte, wie: „Schweinehund“, „Sie Sauferl, mach'n's die Knochen zusammen“, „Sie Sauknochen“ etc., mußten diesmal unbedingt in den Hintergrund treten vor der höhnischen, ironischen und grausamen Behandlungsweise, welche der Angeklagte den elf vernommenen Soldaten hatte zu Theil werden lassen. Einer derselben, der bei der Einübung von Ehrenbezeugungen nicht rasch genug begriffen hatte, war von ihm mit einem kräftigen Faustschlage ans Ohr, sowie eine Blutung und achttägige Schmerzen herbeiführte, der mit Würgen am Halse bedacht worden. Beim Turnen trieb es der Angeklagte noch ärger. Ähnlich wie man Pferde, Hunde und Affen Kunststücke beibringt, stand der Vice-Feldwebel mit dem Stock in der Hand am Springbrett, den vollgirtenden Soldaten Stockschläge ertheilend. Einen derselben, der die Hand nicht recht auf den Sprungkasten gelegt hatte, schlug er mit dem Säbel auf die Hand und das Handgelenk, so daß der Anshawollte. Als Schmerz zu keinen Anfall und die Hand hoch anstachelte. Aus der Soldat kaltes Wasser überschlagen wollte, schlug er ihn von neuem darauf mit der Frage: „Soll ich noch mehr Ueberschläge machen?“ Einmal meldete ihm ein Soldat, welcher den Sprung mit der größten Anstrengung gemacht, daß er sich wegspringen, mußte indeß ohne Erbarmen abermals springen. Auf Simulation konnte indeß die Angabe des Soldaten nicht zurückgeführt werden, denn es wurde von ärztlicher Seite ein Zeugnis mit 6 Mark Pension per Monat aus dem Heere entlassen. Auch der blanke Säbel wurde von dem Angeklagten bei diesen Turnübungen öfters in Verührung mit dem Hintertheile der Soldaten gebracht, natürlich stets nur aus übergroßem Diensteifer und ohne jede böse Absicht. Einmal befand sich der Angeklagte auf der Wache, als er einen Hornisten, der auf einer Bank schlief, nach Mitternacht aufweckte und denselben — nachdem dieser sich in Achtung hingebeugt hatte — einige Ohrspeigen versetzte, und zwar zu dem Zwecke, „um zu untersuchen, ob der Hornist nicht Tabak laue.“ Das gefährlichste, wenn auch in der Folge für ihn unschädliche Manöver führte er indeß einem Wachposten gegenüber aus, dem er das Gewehr abnehmen wollte. Der Angeklagte war nämlich auf Wache gewesen, hatte aber das Commando abgegeben und die halbe Nacht in einem Wirthshause verbracht. Als er heimging wollte er den Posten visitiren und verlangte von demselben, daß er ihm das Gewehr überreichen sollte, was dieser jedoch mit Recht ablehnen zu müssen glaubte. Nun zog der Angeklagte seinen Säbel, stieß ihn dem Posten sechs- bis siebenmal auf die Brust, was dem Manne große Schmerzen verursachte, wollte ihm das Gewehr entreißen und schüttelte den Soldaten derart, daß ihm der Helm vom Kopfe fiel — alles dies nur, um zu sehen, „ob der Posten seiner Aufgabe gewachsen war.“ Alle übrigen Mißhandlungen führte der Angeklagte auf seinen „übergroßen Diensteifer“ zurück. Das Urtheil lautet, gefinde genug, auf 4 Monate und 8 Tage Gefängniß, wovon überdies die Untersuchungshaft abzuziehen ist.

Johanngeorgenstadt, 14. August. Am letzten Sonntag referirte Genosse Wiemer aus Chemnitz in einer zahlreich besuchten Volksversammlung hier selbst. Die Versammlung wurde dadurch höchst interessant, indem der Reichstagsabgeordnete Holzmann dem Referenten entgegentrat. Unser Reichsbote vom 21. sächs. Wahlkreis machte jedoch gewaltiges Fiasko, da seine ganze Rede zum großen Theil aus den Großbüchsen Unruh's und Schürer's abgesehen worden war. Wiemer geißelte ein solches Verfahren auf's schärfste und verteidigte unter fürmlichem Beifall der Anwesenden die Ziele der Sozialdemokratie, die der Abgeordnete Holzmann zu verunglimpfen versucht hatte. Als Wiemer in Folge heftigen Unwohlseins — er kam an diesem Tage von Anspruch bei Böblitz und mußte den 2½ Postmeilen vom Bahnhof zu Eibenstock bis Johanngeorgenstadt betragenden Weg in 2½ Stunden zurücklegen, um noch rechtzeitig zu kommen — den Saal verlassen mußte und Herr Holzmann eine weitere Rede begonnen hatte, entfernte sich der größte Theil der Anwesenden. Herr Holzmann soll in seiner letzten Rede, die in Folge entstandenen Geräusches nicht verstanden wurde, erklärt haben, in einer späteren Versammlung mit Wiemer weiter debattiren zu wollen, was uns sehr angenehm sein soll, da die Richtigkeit der liberalen Grundzüge durch nichts besser dokumentirt werden kann, als durch Holzmann'sche Reden. Wiemer, der so manchen Ort im sächsischen Erzgebirge für die Partei gewonnen hat, wird nicht verfehlen, dem Herrn Holzmann die Lust zu benehmen, sich noch öfter in Versammlungen zu zeigen.

Chemnitz, 18. August. Gestern Nachmittag wurde Affessor Böhmer zu zwei Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und dreijährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und in die Kosten verurtheilt. Das Vergehen, welches dieser Erzfeind der Sozialdemokratie sich hat zu Schulden kommen lassen, besteht in ungesetzlicher Aneignung fremden (Staats-)Eigentums. Böhmer hat sich nämlich von der Sportelkasse Diäten und Reisekosten auszahlen lassen für Dienstreisen, die er gar nicht gemacht hat.

Schwarzenberg (21. sächsischer Wahlkreis), 13. August. Gestern fand hier eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Kleinbürgerthum und Sozialdemokratie.“ Als Referent war Herr W. Wehlhorn aus Glauchau erschienen. Der Referent erledigte seine Aufgabe in 1½ stündiger Rede zur Zufriedenheit aller Anwesenden. — Schon vor 5 Wochen hatten wir hier

eine Versammlung und vor 7 Wochen in Bokau. Man sieht, daß der hiesige Wahlkreis anfängt für die Sozialdemokratie reif zu werden, und wir werden fortfahren, unsere Bestrebungen mehr und mehr dem Volke gang und gäbe zu machen.
G. M.

Verichtigung.

Der in Nr. 95 an die Parteigenossen der Provinz Preußen gerichtete Aufruf enthält in Bezug der Wohnung des Hrn. Kräcker eine Unrichtigkeit. Dessen Adresse ist nicht wie irrtümlich angegeben: „Niederberg 17 L.“ sondern „Unterröllberg 17 1 Treppe“ und sind alle Briefe und Gelder in Angelegenheit der „Königsberger freie Presse“ nur an diese Adresse zu richten.
Königsberg, 17. August 1877.

Die Zeitungscommission.

Briefkasten.

der Redaktion. Correspondent in Limbach: Der Bericht ist wörtlich bereits in der „Chemnitzer freie Presse“ erschienen. — W. in St. Johanna: Schreiben vom 18. d. ist mit abgesehenem Siegel eingetroffen.

Quittung. Gsmr München Ab. 50,00. Frankl Pest Ab. 45,53. Kretz Luzh Ab. 5,67. Tsm hier Ab. 1,50. Grünberg Nürnberg Ab. 200,00. Rans Düsseldorf Ab. 8,00. De Wodenheim Ab. 7,40. Strm Kirchheimbolanden Schr. 0,85. Hd Kirschleben Schr. 0,50. Fdr Langhelmbach Schr. 25,00. Gmth Worms Schr. 6,00. Spring Eilenburg Schr. 1,80. Rchr Altenberg Schr. 5,00. Gsmr Ritzgimühle Schr. 0,70. Umrh Ulm Schr. 7,50. Stmlr Hanau Schr. 28,20. Gmth Reichenau Schr. 2,00.

Frankfurt, 3 Uhr, in den Lokalitäten des „Schäpchenhofes“ zu Bornheim:

Erstes Sängersfest des Maingau Arbeiter-Sängerbundes.

Alle Arbeiter-Gesangsvereine des Maingaues sind hierzu freundlichst eingeladen.
Das Comité. [3,30]

Großsch. Sonntag, den 26. August, in den Lokalitäten des „Zur grünen Aue“:

Großes Arbeiterfest

bestehend in Festzug vom Schießhaus punkt 1/3 Uhr. Concert, Festrede gehalten von Bruno Geiser aus Leipzig und Ball, wozu wir Partei- und Gesinnungsgenossen von nah und fern freundlichst einladen.
Das Comité. J. K.: Arnold Schubert. (26) [2,70]

Ottensen. Arbeiter-Verein. Donnerstag, den 23. August, Abends 8 1/2 Uhr, in Burmeister's Salon:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Max Stöhr.
Aufnahme von Mitgliedern in hies. Versammlung. [80]
F. Geerhold.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 1,20.
In Heften (3 Wochen-Nummern enthaltend) à 30 Pf.
Inhalt der Nr. 33 (17. August 1877): Ein sonnenloses Leben. Federzeichnung nach der Natur von Ernst von Waldow. (Fortsetzung.) — Die Schuppeneimpfung. Von Dr. Carl Refau. (Fortsetzung.) — Zum Kapitel von der Freiheit der Wissenschaft. Von Dr. M. K. — Moderne Mütter und Töchter. Originalskizze von R. Kautsky. — Kleinere Mittheilungen: Fortschritt. Gedicht von Eduard Berg. — Theodides (Illustration). — Blick in's früheste Kindesleben. — Der Dom zu Reichen (Illustration). — Emil Adolf Rohmähler. — Der „arme Conrad“ für 1878. — Rebus. — Briefkasten.

Die Expedition. Färberstr. 12 in Leipzig.

Im Verlage der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei ist erschienen und durch die Unterzeichneten zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Inhalts-Verzeichniß.

Vorwort, mit gedrungener Statistik über die letzten Reichstagsarbeiten. — **Vollständiges Kalenderium** (protestantisches, katholisches, Sonnen- und Mondwechsel, Tages- und Nachtstunden etc.). — **Umsonst geopfert**. Erzählung von Robert Schweißel. — **Glück und langes Leben**. Episode nach dem Leben von Carl Hillmann. — **Die Erziehung zur Ungleichheit und Unfreiheit**. Von E. J. J. — **Ludwig Börne** (Biographie). Mit Portrait. — **Die Wiener Arbeiter von 1848**. Von Wilhelm Vlos. — **Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben**. Von F. W. Frey. — **Die Werththeorie**. Kapitel aus der politischen Oekonomie von H. Eldenburg. — **Ein Epistel zur Kindererziehung**. Von Emil Rohmähler. — **Die Wichtigkeit der Grund- und Bodenfrage**. Von Georg Volkmar. — **Der Himmel**. Naturwissenschaftliche Vorträge von B. Gräde. — **Saint Simon** (Biographie). Mit Portrait. — **Die dümmste Frau**. Humoreske. — **Die Menschennaffen**. Mit Illustrationen. — **Die Pariser Commune**. Von A. L. — **Gedichte**: „An die Reichen“ von Viktor Hugo; „Aus der Jugendzeit“ und „Der alte Demokrat“ von Aug. Geib. — **Anekdoten**. — **Sinnprüche**. — **Räthsel**. — **Sprichwörter**. — **Wichtige Entdeckungen und Erfindungen**. — **Marktverzeichnisse**, nach Provinzen eingetheilt. — **Ebbe- und Fluth-Tabelle**. Eisenbahntabelle. Postportotarif.

Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender gefest nur 40 Pf., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pf., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuzuschreiben, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzulenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.
Auf Posten von 1 Duzend anwärts berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück netto gegen baar.
gebunden 40

Expedition des Vorwärts, Leipzig, Färberstr. 12/II. Illg. deutsche Affoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

80. Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a, 2 Tr. Beisteller aus dem Norden wollen ihre Aufträge nach Berlin, diejenigen aus Süd- und Mitteldeutschland nach Leipzig adressiren.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition: Färberstraße 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag des Genossenschafts-Buchdruckers in Leipzig.